



EVB-MAGAZIN SONDERAUSGABE
03 / JUNI_2006 / CHF 6.-



Ihre Bank ist auch eine Kohlemine



**Soziale und ökologische Folgen des Rohstoffabbaus
und die Verantwortung der Schweizer Grossbanken**



EvB

Erklärung von Bern
Dichlerazione di Berne
Déclaration de Berne

GREENPEACE



3 Editorial

4 Banken und Menschenrechte

8 Konfliktöl und Blutgold

- 8 Ölfirma Total in Burma
- 11 Goldkonzern AngloGold Ashanti im Kongo
- 12 Glencore/Xstrata: Kohle aus Kolumbien

14 Gold glänzt nicht für alle

17 Banken im Treibhaus

21 Fragen und Antworten

22 Die EvB und Greenpeace fordern wirksame Standards

KONTROVERSE ROHSTOFFPROJEKTE MIT SCHWEIZER FINANZIERUNG

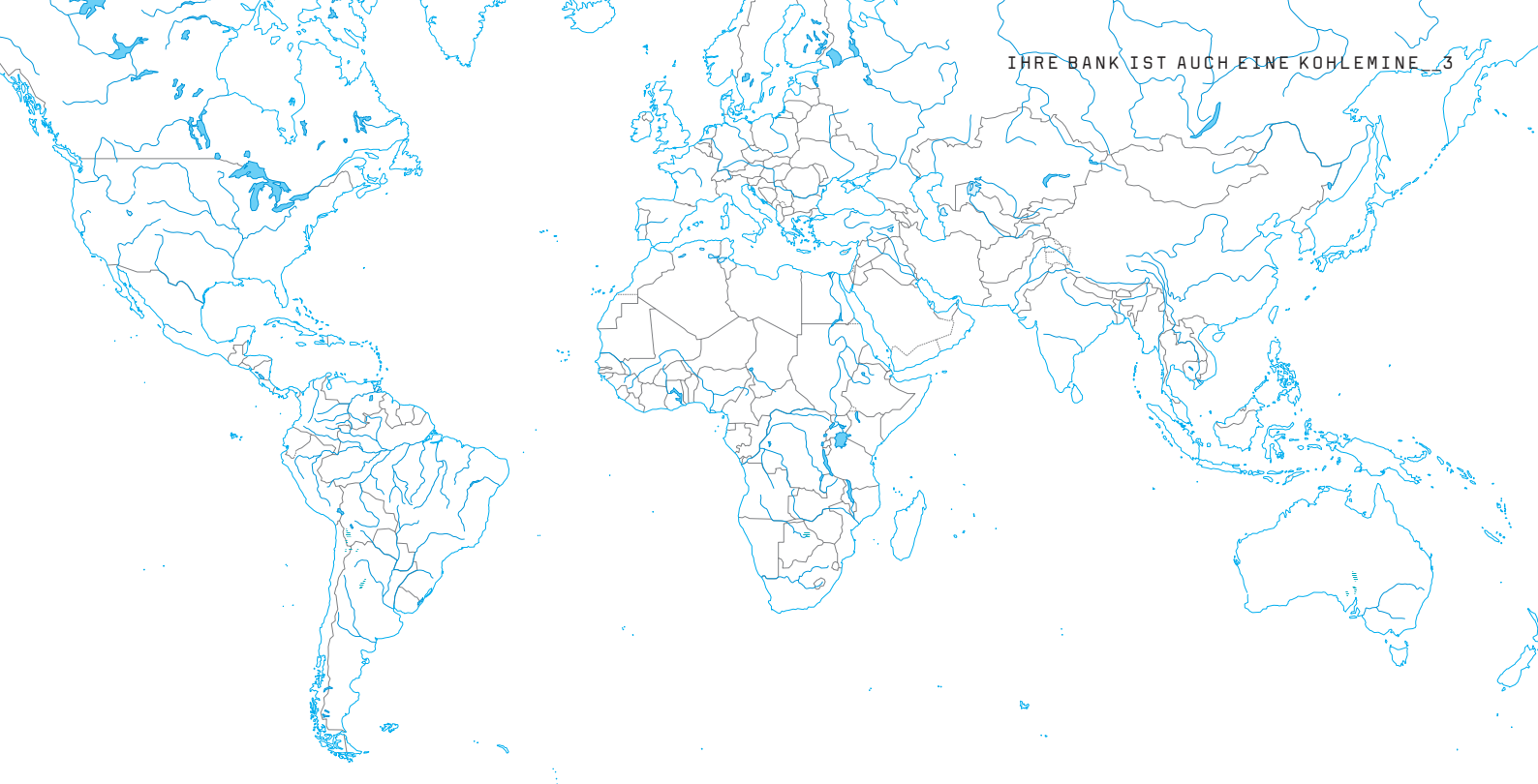
Über ihre Finanzierungen im Rohstoffbereich sind die Grossbanken in die Menschenrechtskonflikte der Öl- und Bergbaukonzerne verwickelt. Die Beispiele und Fallgeschichten in dieser Broschüre zeigen die Dringlichkeit des Themas auf.

HERZLICHEN DANK AN

- Stiftung GlobalLokal in Basel, welche im Jahr 2006 die Arbeit der Erklärung von Bern zum Thema sozialverantwortliche Banken unterstützt
- Greenpeace, welche die Studie und Grundlage zur dieser Publikation finanziert hat



Impressum EvB-Magazin Sonderausgabe «Ihre Bank ist auch eine Kohlemine» 3/Juni 2006 **Auflage** 20000
Herausgeberin Erklärung von Bern (EvB), Quellenstrasse 25, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 277 70 00, Fax 044 277 70 01, info@evb.ch, www.evb.ch **Text** Andreas Missbach (EvB), ausser Seiten 17 bis 20 Eva Geel (Greenpeace) und Andreas Missbach (EvB) **Redaktion** Sibylle Spengler **Recherche** Jan Willem van Gelder, Koni Kuhn. Die englischsprachige Hintergrundrecherche zu dieser Dokumentation finden Sie auf www.evb.ch/researchchs beziehungsweise www.evb.ch/researchchubs oder www.greenpeace.ch **Gestaltung** Clerici Partner, Zürich **Druck** ROPRESS Genossenschaft, Zürich. Gedruckt mit Biofarben Novastar auf Cyclus Offset, 100% Altpapier.
Das EvB-Magazin erscheint 5- bis 6-mal jährlich. Mitgliederbeitrag: Fr. 50.– pro Kalenderjahr (inklusive Abonnement «Erklärung!» und EvB-Dokumentation). Postkonto 80-8885-4



Der Preis des Rohstoffbooms



Auf eine Anfrage von Nichtregierungsorganisationen antwortete eine Schweizer Grossbank kürzlich: «Wir sind ein Finanzdienstleister und nicht im Bergbau oder Öl und Gas (aktiv).» Tatsächlich betreiben weder die UBS noch die Credit Suisse Minen oder Bohrtürme. Aber die Erklärung von Bern (EvB) und Greenpeace wollten es genauer wissen und bohrten nach. Was zutage gefördert wurde, liegt hier vor.

Als Hintergrundrecherche für diese Dokumentation untersuchten wir die finanziellen Verbindungen der Schweizer Banken zu Firmen im Rohstoffbereich. Dabei konzentrierten wir uns auf bedeutende Finanzierungen der letzten fünf Jahre und auf Rohstofffirmen, die in Konflikte mit der betroffenen Bevölkerung verwickelt sind. Die über 60 Einzelfälle unserer Recherche zeigen, wie häufig die Rohstoffgewinnung zur Verletzung von Menschenrechten führt. In der vernetzten Welt der Globalisierung darf der Finanzsektor davor die Augen nicht verschliessen. Wenn Banken Firmen finanzieren, die Menschenrechte verletzen, machen sie sich doppelt zu Komplizen: Einerseits ermöglicht die Kapitalbeschaffung den Bau und Betrieb der Anlagen, andererseits partizipieren sie am Profit der Rohstofffirmen.

Öl, Gas und Kohle machen aber nicht nur Probleme bei der Gewinnung, sie produzieren bei der Verbrennung zudem das Treibhausgas CO₂. Auch hier sind die Banken gefragt: Um das Klima vor dem Kollaps zu bewahren, müssen jetzt auch auf den Finanzmärkten die Weichen gestellt werden.

Die in dieser Broschüre an einigen Exempeln illustrierten Probleme sind akut. Wegen der hohen Rohstoffpreise durch die Nachfrage Chinas sowie anderer Schwellenländer werden neue Minen gebaut und teilweise hoch problematische Pläne wieder aus der Schublade geholt. Damit nehmen auch die Konflikte zu; Ende März beispielsweise zerstörten aufgebrachte Dorfbewohner ein Explorationscamp der Firma Newmont (siehe auch S. 14) auf der indonesischen Sumbawa-Insel.

Grössere neue Ölvorkommen gibt es nur mehr in sozialen Konflikt- und Armutregionen wie in Afrika oder in ökologisch höchst fragilen Gebieten wie der Arktis. Entsprechend dringend brauchen die Schweizer Banken solide interne Standards, um mit den Herausforderungen der Menschenrechte und des Klimawandels verantwortlich umzugehen.

Andreas Missbach

Banken und Menschenrechte

Transnationale Unternehmen agieren ausserhalb der Kontrolle eines einzelnen Staates; sie sind mächtig, und sie verletzen manchmal die Menschenrechte. Kein Wunder also ist in den letzten Jahren eine dynamische Diskussion um die Menschenrechtsverpflichtungen von Unternehmen in Gang gekommen. Diese betrifft auch die Banken, die über ihre Finanzierungstätigkeit in die Menschenrechtsverletzungen ihrer Kunden verwickelt werden.

Die Idee der Menschenrechte, welche in ihrer bis heute gültigen Form in den Trümmern des Zweiten Weltkriegs geboren wurde, ist revolutionär. Normalerweise bezieht sich ein «Recht» immer auf ein bestimmtes nationales Rechtssystem, und oft setzt dessen Kenntnis bereits spezialisiertes Wissen voraus, das meist nur gut bezahlte Juristen haben. Die Rechte in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in den darauf folgenden Menschenrechtsverträgen (siehe Kasten) umfassen dagegen diejenigen Rechte, die alle Menschen alleine deswegen haben, weil sie menschliche Wesen sind. Dass diese Rechte oft mit Füßen getreten werden, schwächt sie nicht ab, sondern beweist ihre visionäre Kraft und Notwendigkeit.

Obwohl die Menschenrechte über einzelnen Staaten und ihren Rechtsordnungen stehen, liegt die Verantwortung für deren Umsetzung laut Völkerrechtsverträgen dennoch vor allem bei den nationalen Regierungen. Allerdings heisst es schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dass «jedes Individuum und jedes Organ der Gesellschaft» für die Einhaltung der Menschenrechte in die Pflicht genommen ist. Diese Pflicht gilt also auch für Unternehmen.

Sie profitieren nicht vom hohen Goldpreis – CAMPESINOS aus der Umgebung der YANACOCHA-MINE in Peru.



Sjoerd Panhuysen

In den vergangenen gut zehn Jahren hat die Diskussion um spezifische Menschenrechtsverpflichtungen von Unternehmen stark an Dynamik gewonnen. Der spezielle Vertreter des Uno-Generalsekretärs für Unternehmen und Menschenrechte (mit vollem Titel: «Special Representative of the Secretary-General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and Other Business Enterprises»), der US-amerikanische Professor John Ruggie, sieht dafür drei Gründe:

1. Die Liberalisierung hat in vielen Ländern den unternehmerischen Spielraum der transnationalen Konzerne massiv vergrössert. Eine Vielzahl von WTO-Abkommen, bilateralen Handelsverträgen und nationalen Gesetzen sichert diesen Spielraum rechtlich ab. Es gibt heute etwa 70 000 transnationale Unternehmen mit 700 000 Tochtergesellschaften und Millionen von Zulieferern. Transnationale Unternehmen setzen ihre eigenen globalen Standards, und Konflikte werden nicht mehr vor nationalen Gerichten ausgetragen, sondern oft durch private Streitschlichtungsmechanismen gelöst.

2. «Die zweite treibende Kraft sind Unternehmen selber, die sich oder ihre ganze Branche zur Zielscheibe gemacht haben, indem sie die Menschenrechte, Arbeitsstandards, den Umweltschutz und andere soziale Anliegen ernsthaft verletzt haben», so Ruggie in seinem Bericht an die letzte Sitzung der UN-Menschenrechtskommission. Der fehlende Respekt für Mensch und Umwelt vieler Unternehmen hat zum Ruf nach Unternehmensverantwortung und Unternehmenshaftung geführt.

3. Schliesslich haben die Unternehmen durch ihre Grösse und finanzielle Mittel Einflussmöglichkeiten und Handlungsoptionen, die diejenige von Staaten und internationalen Organisationen weit übersteigen. Sie könnten also auch einen Beitrag zur Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte leisten.

Die Uno-Menschenrechtsnormen für Unternehmen

Eine Arbeitsgruppe der Uno-Subkommission für den Schutz und die Förderung der Menschenrech-

te hat von 1999 bis 2003 einen Vorschlag für Uno-Menschenrechtsnormen für Unternehmen erarbeitet (Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights). Diese Normen leiten aus bestehenden Menschenrechtsverträgen und anderen internationalen Abkommen die spezifischen Verpflichtungen von Unternehmen ab (siehe Kasten). Die Uno-Menschenrechtskommission hat die Normen an ihrer Sitzung im Jahr 2004 diskutiert, ohne sie jedoch zu beschliessen. Immerhin hat sie aber zum ersten Mal die Bedeutung der Menschenrechte für Unternehmen festgehalten. Im folgenden Jahr wurde dann das Amt des bereits erwähnten speziellen Vertreters geschaffen, der zunächst einmal für zwei Jahre sicherstellt, dass die Diskussion über Unternehmen und Menschenrechte vorankommt.

Die in den Normen vorgesehene Beobachtung von Unternehmensaktivitäten durch die Uno und die Entschädigung von Opfern ist damit allerdings noch Zukunftsmusik. Aber auch ohne formelle Rechtskraft können die Normen Wirkung entfalten. Unternehmen, die ihre Bereitschaft unter Beweis stellen wollen, die Menschenrechte zu respektieren und zu fördern, können ihre internen Richtlinien und Abläufe heute schon an den Uno-Normen ausrichten. Für den Menschenrechtsanwalt und Vorsitzenden der «International Commission of Jurists» Nicholas Howen ist klar, dass sich die Berücksichtigung der Menschenrechte auch für Unternehmen auszahlt: «Die Botschaft lautet, dass unverantwortliche Unternehmen in Zukunft wahrscheinlich Gegenstand von Gerichtsverhandlungen sind.»

Exponierter Rohstoffsektor

Für seinen diesjährigen Zwischenbericht untersuchte John Ruggie 65 aktuelle Fälle von möglichen Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne. Zwei Drittel davon wurden von Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen verursacht.

Bergbau oder Ölförderung findet gezwungenermassen dort statt, wo die Vorkommen liegen. In der Praxis entscheidet dann die Rentabilität darüber, ob und was abgebaut wird. Weil die Eingriffe in die Natur bei der Rohstoffförderung massiv sind und die Auswirkungen (beispielsweise durch Wasserverschmutzung) oft grosse Gebiete betreffen, sind unweigerlich die Rechte vieler Menschen direkt betroffen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Anlagen häufig in abgelegenen Gegenden befinden und die Regierungen beim Schutz der Betroffenen beide Augen zudrücken.

Besonders bedroht sind indigene Gruppen, deren ganze Kultur gefährdet ist. Theoretisch haben sie nach verschiedenen völkerrechtlichen Ab-

kommen das Recht, im Voraus und unter Einbezug aller Informationen frei zu entscheiden, ob sie der Ressourcenausbeutung auf ihrem Land zustimmen («free, prior and informed consent»). Praktisch aber betreffen die grosse Mehrzahl von Klagen, die von indigenen Gruppen bei Menschenrechtsinstitutionen eingereicht werden, Fälle von Rohstoffausbeutung.

Der Widerstand gegen die Folgen der Rohstoffausbeutung oder dagegen, dass der Reichtum einer Region ins Ausland verkauft wird, führt in vielen Fällen zu einer Militarisierung der Bergbau- und Ölregionen. Firmen, die unter dem Schutz der

DIE MENSCHENRECHTE

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist kein formelles Abkommen, das für die Staaten bindend ist. Sie hat aber politisch und moralisch ein grosses Gewicht und ist in viele nationale Verfassungen übernommen worden. Teile davon finden sich auch in den beiden bindenden internationalen Abkommen von 1966: dem Pakt über bürgerliche und zivile Rechte sowie dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Im ersten Pakt sind die Rechte auf Leben, Freiheit, Eigentum und Sicherheit der Person geregelt, darunter die Freiheit von Sklaverei und Zwangsarbeit, die Nichtdiskriminierung, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Im zweiten Pakt finden sich das Recht auf Selbstbestimmung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung sowie die Rechte auf Bildung und Gesundheit. Darüber hinaus gibt es verschiedene Konventionen wie diejenigen gegen Rassendiskriminierung und Diskriminierung der Frau, die Anti-Folter-Konvention oder die Kinderrechtskonvention. Komplettiert wird das Menschenrechtssystem durch regionale Menschenrechtsverträge.

MENSCHENRECHTE UND UNTERNEHMEN

Die Uno-Menschenrechtsnormen für Unternehmen verpflichten diese, in ihrer Einflussphäre die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu fördern.

Explizit genannt werden folgende Rechte:

- Recht auf Sicherheit (besondere Massnahmen zum Schutz der Menschenrechte werden beim bewaffneten Schutz von Konzerneinrichtungen verlangt)
- Rechte der ArbeiterInnen (Schutz vor Zwangsarbeit, Rechte der Kinder, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Entlohnung für angemessenen Lebensstandard, Gewerkschaftsfreiheit)
- Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung
- Respektierung der nationalen Souveränität (Schutz vor Korruption, Recht auf Entwicklung)
- Konsumentenschutz (Sicherheit, faire Marketingpraxis)
- Umweltschutz (Vorsorgeprinzip und nachhaltige Entwicklung)

Armeen von Regimen mit zweifelhaftem Menschenrechtsausweis, Milizen oder privaten Sicherheitsfirmen agieren, werden zu Komplizen jener Menschenrechtsverletzungen, die durch die Bewaffneten begangen werden. Besonders kritisch ist die Situation in Bürgerkriegsregionen. Die Einnahmen aus Rohstoffexporten kann Bürgerkriege anfachen oder am Leben erhalten.

Begründet werden umstrittene Bergbau- und Ölprojekte häufig mit deren wirtschaftlichem Nutzen, wobei argumentiert wird, dass dieser allen zugute komme. Die Ausbeutung von Ressourcen stellt aber keinen Ausweg aus Armut und Abhängigkeit dar. Vielmehr lastet die reiche Ausstattung mit Ressourcen wie ein Fluch auf den betroffenen Ländern («resource curse»). Verschiedene Studien zeigen, dass das wirtschaftliche Wachstum in Ländern, die stark vom Export fossiler und mineralischer Rohstoffe abhängen, geringer ist als in rohstoffarmen Ländern. Und eine Studie von Oxfam America kam zum Schluss, dass die Menschen in rohstoffreichen Ländern einen geringeren Lebensstandard haben (gemessen etwa am Index der menschlichen Entwicklung des Uno-Entwicklungsprogramms), als aufgrund des Pro-Kopf-Einkommens der Länder zu erwarten wäre.

Unabhängig davon, für wie wichtig man den Beitrag der Rohstoffförderung für die nationale

Entwicklung erachtet, kann damit nie die Verletzung von Menschenrechten in einer Region legitimiert werden. Die Menschenrechte sind universell gültig und können deshalb nicht gegen irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile aufgerechnet werden.

Banken und Menschenrechte

Die Rolle des Finanzsektors bei Menschenrechtsverletzungen und seine Menschenrechtsverpflichtungen wurden bisher noch nie systematisch thematisiert. Weder die Uno-Normen noch der freiwillige Global Compact der Uno gehen speziell auf Banken ein. Für Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die kontroverse Projekte bekämpfen oder Opfern zu ihrem Recht verhelfen wollen, steht die Mitverantwortung der jeweiligen Finanzgeber hingegen ausser Frage.

«Mitgegangen, mitgehangen» hiess es früher schon auf dem Pausenplatz. Die Diskussion um Schlüsselbegriffe der Uno-Normen wie «Einflussosphäre» (sphere of influence) und «Komplizenschaft» (complicity) zeigt, dass sich die Verantwortung der Banken für die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte auch auf ihre Finanzierungen bezieht. Die genannten Begriffe kommen nicht nur in den Uno-Normen vor, sondern sie stehen beide auch im Global Compact. Sowohl die Credit Suisse als auch die UBS haben diesen Pakt unterschrieben und sich damit verpflichtet, die Menschenrechte zu unterstützen, zu achten und sicherzustellen, dass sie sich an Menschenrechtsverletzungen nicht mitschuldig machen.

Die Einflussosphäre ...

«Einflussosphäre» ist kein rechtliches Konzept. Es ist vielmehr aus der geopolitischen Diskussion (die Einflussosphäre eines Landes) in den Global Compact gerutscht und definiert in den Uno-Normen den Bereich, auf den sich die Verantwortung eines Unternehmens für die Menschenrechte bezieht. Der Kontext des Begriffs macht schon klar, dass die Verantwortung der Unternehmen (in der geopolitischen Analogie) nicht nur das eigene «Land» betrifft – also etwa die Behandlung der eigenen Angestellten oder die Treibhausgasemissionen der eigenen Bürogebäude –, sondern eine weitergehende «Sphäre». Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) hat die Bedeutung des Begriffs ausgeführt. Bei der Einflussosphäre geht es demnach um «politische, vertragliche, wirtschaftliche oder geographische Nähe». Dabei ist die Einflussosphäre umso grösser, je grösser und strategisch bedeutsam ein Unternehmen ist. Weltweit tätige Banken, welche die überaus strategische Funktion der Finanzierung ausüben, haben eine entsprechend grosse Einflussosphäre.

Ihr Land ist weg.
Umgesiedelte der
AHAFO-GOLDMINE
in Ghana.



Diese bezieht sich auch auf die Unternehmen, welche die Banken (mit-)finanzieren: «Nahe im Zentrum der Einflussphäre eines Unternehmens sind die Geschäftspartner.» So hält das OHCHR fest: «Ein Unternehmen kann als Folge der Handlungen von einem oder mehreren Geschäftspartnern mit Menschenrechtsfragen konfrontiert werden.»

... und die Komplizenschaft der Banken

Komplizenschaft hingegen ist einerseits zwar ein juristischer Begriff, der bestimmte Straftatbestände regelt. Andererseits kam er aber auch schon im Zusammenhang mit Unternehmen und Menschenrechtsverletzungen zur Anwendung, beispielsweise in den Prozessen, die in den USA unter dem «Alien Claims Tort Act» gegen Firmen wegen Menschenrechtsverletzungen im Ausland angestrengt wurden. Bei der Komplizenschaft geht es darum, wie sich ein Unternehmen gegenüber Menschenrechtsverletzungen von anderen verhält. Die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission brauchte ein ähnliches Konzept, um die Verantwortungen von Unternehmen im Apartheidstaat zu bestimmen. Die am meisten kompromittierten Unternehmen waren diejenigen, welche aktiv dabei mitgeholfen hatten, die Apartheidpolitik zu planen und umzusetzen. Dann kamen jene, die wussten, dass ihre Produkte oder Dienstleistungen für die Repression gebraucht wurden, und zuletzt diejenigen, welche von der Rassentrennung «bloss» profitierten. Das Konzept der Komplizenschaft umfasst auch diese indirekten Vorteile.

Das OHCHR definiert Komplizenschaft folgendermassen: Ein Unternehmen macht sich mitschuldig, wenn es Menschenrechtsverletzungen durch andere (Individuen, Staat, Rebellenarmee, ein anderes Unternehmen), mit dem das Unternehmen verbunden ist, «autorisiert, toleriert oder wissend ignoriert». Ebenso wenn das Unternehmen «wissend praktische Unterstützung oder Ermutigung

leistet, die einen bedeutenden Effekt auf die Fortführung der Menschenrechtsverletzung hat». Damit ist klar, dass Banken allein dadurch zu Komplizen werden, wenn sie die Menschenrechtsprobleme eines Kunden ignorieren und ihm weiterhin bei der Finanzierung seiner Aktivitäten behilflich sind.

Grundsätzlich können Banken in verschiedenen Formen und Fällen in Kontakt mit Menschenrechtsverletzungen kommen:

- In ihrer Vermögensverwaltung (Private Banking) etwa können sie Kunden betreuen, die Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben.
- Im Investment Banking können sie an der Kapitalaufnahme von repressiven Regimes auf den Finanzmärkten beteiligt sein (siehe Kasten).
- Sie können dabei helfen, andere Banken zu finanzieren, die ihrerseits mit Diktaturen Geschäfte treiben (zum Beispiel die chinesische Export-Import Bank, die in Burma, Laos und dem Sudan aktiv ist).
- Sie können die Produktion von oder den Handel mit Waffen finanzieren, mit denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden oder
- sie können in den Handel mit Rohstoffen aus Konfliktgebieten (z.B. «Konfliktdiamanten») verwickelt sein.

Die in dieser Broschüre versammelten Fallstudien konzentrieren sich auf menschenrechtsrelevante Fälle von Firmen, die im Bergbau und der Öl- und Gasförderung aktiv sind und an denen die zwei Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse massgeblich beteiligt sind. Die Schwere der Menschenrechtsvergehen und der Grad der Komplizenschaft der Banken variiert dabei von Fall zu Fall. Die Häufigkeit der finanziellen Verbindungen zu Konfliktfällen zeigt aber, dass Credit Suisse und UBS die Menschenrechtsthematik verstehen, systematisch angehen und ihre Geschäftspolitik anpassen müssen (siehe dazu Seite 22/23).

Pastoral Salvaguarda



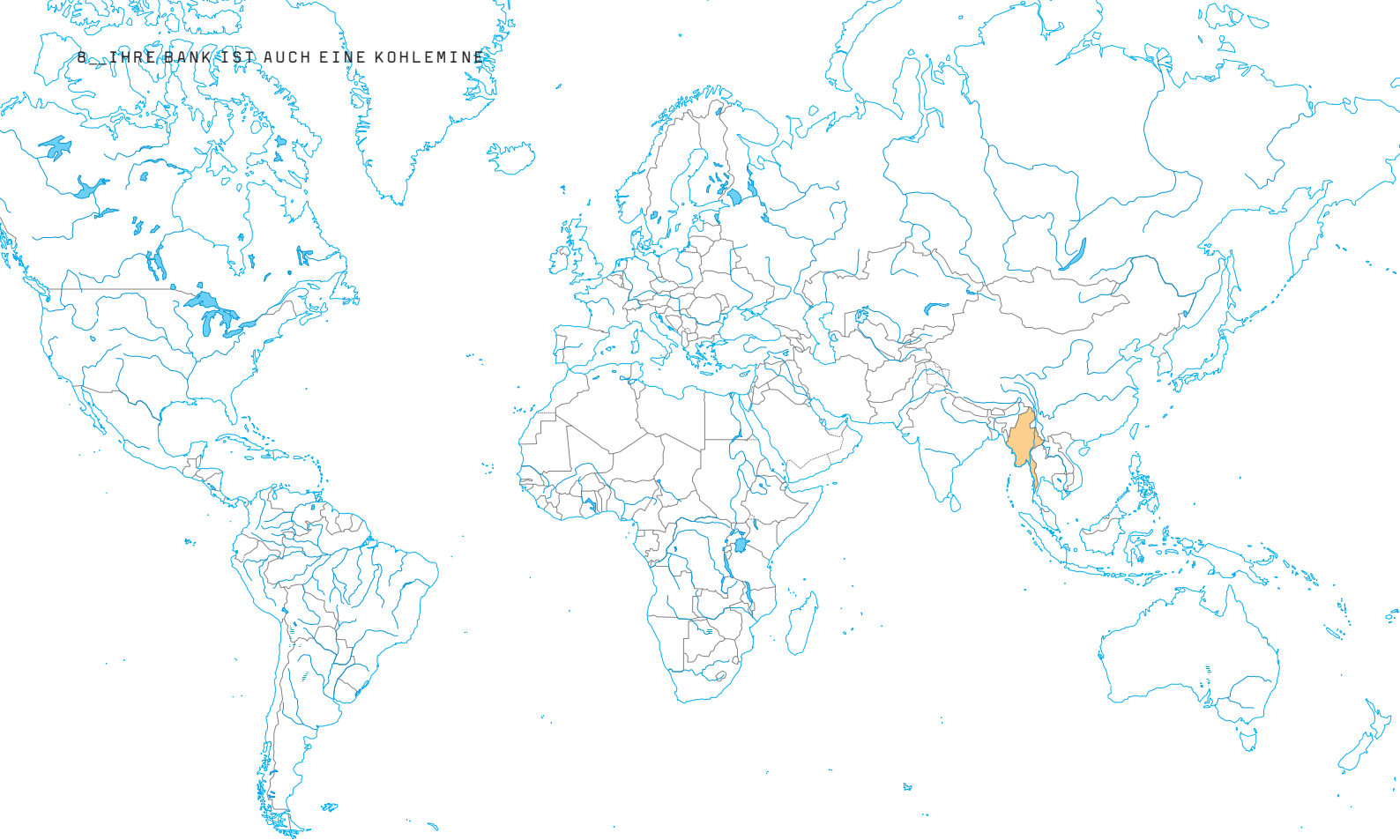
Weltweit wehren sich Menschen gegen neue Minen – hier im HUASCO-TAL (CHILE).

SÜDAFRIKA: DIE BANKIERS DES UNRECHTSREGIMES

Die Schweizer Grossbanken waren eine wichtige Stütze des Apartheid-Regimes in Südafrika. Der Ende der Sechzigerjahre vom Bankverein, der Bankgesellschaft (die beide später zur UBS fusionierten) und der Kreditanstalt (heute Credit Suisse) gegründete Zürcher Goldpool vermarktete in den Siebzigerjahren mehr als achtzig Prozent der südafrikanischen Goldförderung. Die Grossbanken sprachen immer wieder Kredite zugunsten des südafrikanischen Staates. Sie setzten ihre Geschäftsbeziehungen mit Südafrika auch dann noch fort, als das dortige Regime wegen seinen Menschenrechtsverletzungen längst internationalen Sanktionen unterworfen war.

Credit Suisse und UBS wurden deswegen von der Apartheid-Opfervereinigung Khulumani zusammen mit anderen Banken angeklagt. Das Verfahren ist vor einem Gericht in New York immer noch hängig.

Als Ende März 2006 bekannt wurde, dass die CS ein Joint Venture mit einer südafrikanischen Bank einging, um an der Börse von Johannesburg Wertpapiere zu handeln, verlangten südafrikanische Organisationen, die Credit Suisse müsse sich zuerst für die Finanzierung der Apartheid entschuldigen und Reparationen leisten, bevor sie in dem Land neue Profite mache.



Konfliktöl und Blutgold

In Diktaturen oder Konfliktregionen können sich Konzerne nicht dauerhaft aus Menschenrechtsverletzungen heraushalten, wenn sie in diesen Ländern Rohstoffe gewinnen. Das zeigen die Beispiele der Ölfirma Total in Burma, des Goldkonzerns AngloGold Ashanti im Kongo und Schweizer Konzerne in Kolumbien.



ÖLFIRMA TOTAL IN BURMA

Diktatur und Militärstaat

Burmas Start in die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft stand 1947 schon unter einem schlechten Stern. Nur sechs Monate später wurde der Staatsgründer Aung San ermordet. 1962 putschte General Ne Win, und die Militärs gaben die Macht seither nicht wieder ab. 1988 schlug die Armee eine Demokratiebewegung blutig nieder. Die Generäle erliessen das Kriegsrecht und tauften das Land in Myanmar um. Obwohl die Opposition unter Führung von Aung San Suu Kyi die Wahlen von 1992 gewann, weigerten sich die Generäle, ihre Sessel zu räumen.

Die Diktatur wird weiterhin von Hardlinern dominiert. Die Generäle bunkern sich buchstäblich

ein. Sie bauen bei Pinyinmana eine neue Hauptstadt mit Ministerien und Armeehauptquartieren, die durch ein Netz von befestigten Tunnels und Bunkern verbunden sind. Aung San Suu Kyi verbrachte zehn der letzten sechzehn Jahre in Hausarrest.

Der Exilburmese Aung Ko bezeichnete 2001 in einer EvB-Dokumentation die Mehrheit der burmesischen Bevölkerung als «politische Gefangene», denn «sie genießt weder Presse-, Rede-, Meinungs- oder Religionsfreiheit noch Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit». Die Uno-Menschenrechtskommission beklagte im vergangenen Jahr weit verbreitete und systematische Menschenrechtsverletzungen. Besonders betroffen sind Angehörige der über 60 ethnischen Minderheiten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bezeichnet die in Burma übliche Zwangsarbeit als «Verbrechen gegen die Menschheit».

Fotos: EarthRights International



Die YADANA-PIPELINE IN BURMA – vor dem Bau erfolgte der Vertreibungs-krieg.

Die Armee dominiert alles

Die Armee kontrolliert über ihre umfassende Präsenz und den militärischen Geheimdienst nicht nur alle Burmesinnen und Burmesen, sie hat auch in der Wirtschaft das entscheidende Wort mitzureden. In den Siebzigerjahren experimentierten die Generäle mit sozialistischer Rhetorik und hielten das Land abgeschottet. Die Öffnung gegenüber ausländischen Firmen und das Werben um deren Investitionen begann 1988, im selben Jahr, in dem die Demokratiebewegung niedergeschlagen wurde. Ohne den Segen der Armee kann niemand, erst recht kein ausländischer Konzern, in Burma aktiv werden. Der Staat kontrolliert laut Verfassung zwölf wirtschaftliche Schlüsselsektoren. Darüber hinaus ist die Armee direkt über eine Vielzahl von Firmen oder Beteiligungen wirtschaftlich aktiv. Hinzu kommt, dass für grössere Geschäftsabschlüsse eine «Kommission» von mindestens 5 Prozent an einen Uniformierten bezahlt werden muss.

Die USA und die EU haben gegen Burma Wirtschaftssanktionen beschlossen, letzteren hat sich auch die Schweiz angeschlossen. Während mit diesen offiziellen Sanktionen auch eigene politische Ziele verfolgt werden – die USA beispielsweise zielen auf die Rolle Burmas in der Produktion von Heroin und synthetischen Drogen –, wird ein Wirtschaftsboykott auch von Aung San Suu Kyi und der demokratischen Opposition begrüsst. Burma ist das einzige Land weltweit, für das der Internationale Verband freier Gewerkschaften den Rückzug der Investoren und Wirtschaftssanktionen fordert: «Weil die formelle Wirtschaft in Burma fast vollständig im Griff der Militärjunta ist, ist klar, dass Sanktionen das Einkommen der Generäle, ihrer Familien und der Freunde ihrer Familien treffen», schreibt der internationale Gewerkschaftsverband.

Total verstrickt

Der französische Ölkonzern Total sprach bereits 1989 bei den Generälen vor und bewarb sich um Förderlizenzen. 1992 unterzeichnete Total gemeinsam mit der US-Ölfirma Unocal einen Vertrag über die Ausbeutung von Erdgasfeldern. Burmesischer Partner war die staatliche Firma MOGE (Myanmar Oil and Gas Enterprise). Das Trio fand mit dem nahe angrenzenden Thailand auch einen zahlungskräftigen Käufer für das burmesische Gas; ethnische Minderheiten der Mön und der Karen bewohnen aber dieses Gebiet, das bei Vertragsunterzeichnung von Guerillas kontrolliert wurde. Die Exportpläne waren also von einer Intensivierung des Krieges und dem Sieg der Armee abhängig. 1996 sagte Aung San Suu Kyi: «Die französische Firma Total ist zur wichtigsten Stütze des burmesischen Militärsystems geworden. Dies ist nicht der Zeitpunkt, hier zu investieren.» Trotz dieser klaren Worte wurde der Bau der Yadana-Pipeline vorangetrieben.

Zur «Befriedung» der Pipeline wurden mindestens elf Dörfer der Karen in die Nähe von Militärlagern umgesiedelt. Dies einerseits zur Kontrolle der Leute und andererseits, um die Militärs mit ZwangsarbeiterInnen zu versorgen. Während des Baus der Pipeline griff die Armee routinemässig auf Zwangsarbeit zurück: für den Bau von Strassen, Helikopterlandeplätzen und Kasernen sowie für Trägerdienste.

Auch nach dem Abschluss der Bauarbeiten ging nach Angaben der Menschenrechts- und Umweltorganisation EarthRights International die Rekrutierung von Zwangsarbeitern für den Bau und Unterhalt von Strassen und Brücken und als Träger für Militärpatrouillen in der Pipeline-Region weiter.



Fotos: EarthRights International

Für den Bau von Helikopterlandeplätzen zum Schutz der Pipeline

ZWANG DIE ARMEE MENSCHEN zur Arbeit.

Total als Stütze des Regimes

Die Gasexporte stellen eine wichtige Einnahmequelle des Regimes und vermutlich auch einzelner Uniformierter dar. Die Schätzungen über die jährlichen Einnahmen der Regierung aus dem Yadana-Projekt bewegen sich zwischen 200 und 450 Millionen US-Dollar. Die Regierung gibt natürlich keine Zahlen preis, und nach Angaben des Internationalen Verbands freier Gewerkschaften verbietet sie den ausländischen Konzernen in Öl- und Gas-Joint-Ventures, Zahlungen offen zu legen.

Zu behaupten, die burmesische Bevölkerung profitiere von den Einnahmen aus dem Gasexport, ist gewagt. Die burmesische Armee verdoppelte ihre Grösse in den Neunzigerjahren, denn mehr als 40 Prozent der Staatseinnahmen fliessen direkt an die Armee. Die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung betragen dagegen nur 30 Rappen pro Kopf und Jahr, diejenige für Bildung 40 Rappen pro Kind und Jahr. Nur im Bürgerkriegsland Sierra Leone wird für das Gesundheitswesen weniger

ausgegeben. Trotz der Einnahmen aus dem Gasexport und anderen ausländischen Investitionen ist Burma auf dem Index der menschlichen Entwicklung des Uno-Entwicklungsprogramms von 2001 bis 2003 von Rang 118 auf Rang 132 gerutscht.

Menschenrechtsorganisationen und Betroffene hatten in verschiedenen Prozessen in den USA, Belgien und Frankreich gegen Firmen im Yadana-Projekt geklagt. Im prominentesten Fall, «Doe vs. Unocal», kam es im vergangenen Frühjahr zu einer aussergerichtlichen Einigung. Darauf zahlte auch Total Geld an die Opfer von Zwangsarbeit, ohne jedoch eine Verantwortung für Zwangsarbeit und Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen.

Auch China in Burma

Im vergangenen Juni unterzeichnete die China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) zusammen mit anderen Investoren sechs Verträge mit den burmesischen Generälen, um neue Erdgasfelder zu erschliessen.

* Grosse Anleihen von Unternehmen oder Staaten werden in der Regel von einer Gruppe von Banken (Syndikat), die von einer oder mehreren Banken angeführt werden, herausgegeben.

◇ CREDIT SUISSE

Credit Suisse beriet Total bei der Übernahme der Petrofina und führte Anleihesyndikate* zur Kapitalaufnahme von Total auf dem schweizerischen und amerikanischen Kapitalmarkt.

Credit Suisse brachte CNOOC gemeinsam mit zwei anderen Banken an die Börse von New York. Der Verkauf von insgesamt 20 Prozent der CNOOC-Aktien brachte 1,260 Milliarden US-Dollar ein. Zudem beriet die CS den chinesischen Ölkonzern bei verschiedenen Übernahmen, und sie führte Anleihsyndikate zur Kapitalaufnahme auf den internationalen Finanzmärkten.

◇ UBS

Die UBS führte verschiedene Anleihsyndikate zur Kapitalaufnahme von Total auf dem schweizerischen, britischen und neuseeländischen Kapitalmarkt.

Die UBS führte zusammen mit anderen Banken Anleihsyndikate zur Kapitalaufnahme von CNOOC auf den internationalen Kapitalmärkten.



GOLDKONZERN ANGLOGOLD ASHANTI IM KONGO

Das Gold der Warlords

Der von Anglo American kontrollierte Goldkonzern AngloGold Ashanti* erhielt kurz vor dem Sturz des Diktators Mobutu Schürfrechte in der Provinz Ituri im Nordosten Kongos, einem Gebiet, in dem möglicherweise die weltweit grössten Goldvorkommen liegen. An einen Abbau war zunächst nicht zu denken, denn das Ende der Mobutu-Diktatur führte in diesem Gebiet zu einem komplizierten Bürger- und Plünderungskrieg und zur Invasion der zwei Nachbarstaaten Uganda und Ruanda. Der Konflikt hörte nicht auf, als Ruanda 2002 und Uganda ein Jahr darauf ihre Truppen zurückzogen. Beide Länder hatten lokale Milizen, die als ihre Verbündeten zurückblieben. Uganda unterstützt die Miliz der Ethnie der Lendu und ihre «Front des Nationalistes et Intégrationnistes» (FNI), Ruanda die Hema durch die «Union de Patriotes Congolais» (UPC).

Das Gold spielte als Ursache des Bürgerkriegs und zur Finanzierung der Milizen eine entscheidende Rolle. Während des gesamten Konflikts wurde von in kleinem Stil operierenden Goldschürfern, die teilweise zur Arbeit gezwungen wurden, Gold gewonnen. Die Milizen boten den Goldschürfern und ihren Händlern Sicherheit und behielten ihren Anteil zur Finanzierung ihrer Militäraktionen. Das Gold wurde vor allem über Uganda verkauft.** Kämpfe zwischen den konkurrierenden Milizen FNI und UPC um die Vorherrschaft der Bergbaustadt Mongbwalu kosteten zwischen Juni 2002 und September 2004 mehr als 2000 Menschen das Leben. Dabei kam es zu Brutalitäten und systematischen Menschenrechtsverletzungen.

Schutz durch die Schlächter

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch belegte in einem 2005 erschienenen Bericht, wie AngloGold Ashanti, während die Kämpfe an-

dauerten, mit der FNI-Führung zusammenarbeitete. Die FNI kontrollierte das Gebiet, in dem die Schürfkonzession der AngloGold Ashanti lag, und hielt den Flughafen und die Strassen unter ihrer Kontrolle. Offizielle Genehmigungen der kongolesischen Regierung für Explorationsarbeiten waren nichts wert. Weil der Konzern seinen Konkurrenten zuvorkommen wollte, bemühte er sich um die Erlaubnis des selbsternannten FNI-Präsidenten Floribert Niabu und den Schutz durch den FNI. Niabu sagte gegenüber Human Rights Watch: «Die Regierung kommt nie nach Mongbwalu. Ich habe Ashanti die Erlaubnis erteilt, hier tätig zu werden. Ich bin der Boss von Mongbwalu.» Niabus Stellvertreter sagte, AngloGold Ashanti hätte im Gegenzug den Bau von Strassen und Spitälern zugesagt.

Ab Mai 2004 brachte AngloGold Ashanti Geologen und Sicherheitspersonal nach Mongbwalu und begann mit den Explorationsarbeiten. Niabu bewohnte ein Haus, das auf dem Land der Konzession von AngloGold Ashanti lag. FNI-Kommandeure benutzten Landrover des Minenunternehmens und flogen im Flugzeug mit, das AngloGold-Ashanti-Personal beförderte. Nachdem das Unternehmen zuerst bestritt, dass Geld an die FNI-Miliz geflossen ist, gab es das später gegenüber Human Rights Watch zu. AngloGold Ashanti bezahlte unter anderem eine «Abgabe» auf die Waren, die das Unternehmen nach Mongbwalu flog.

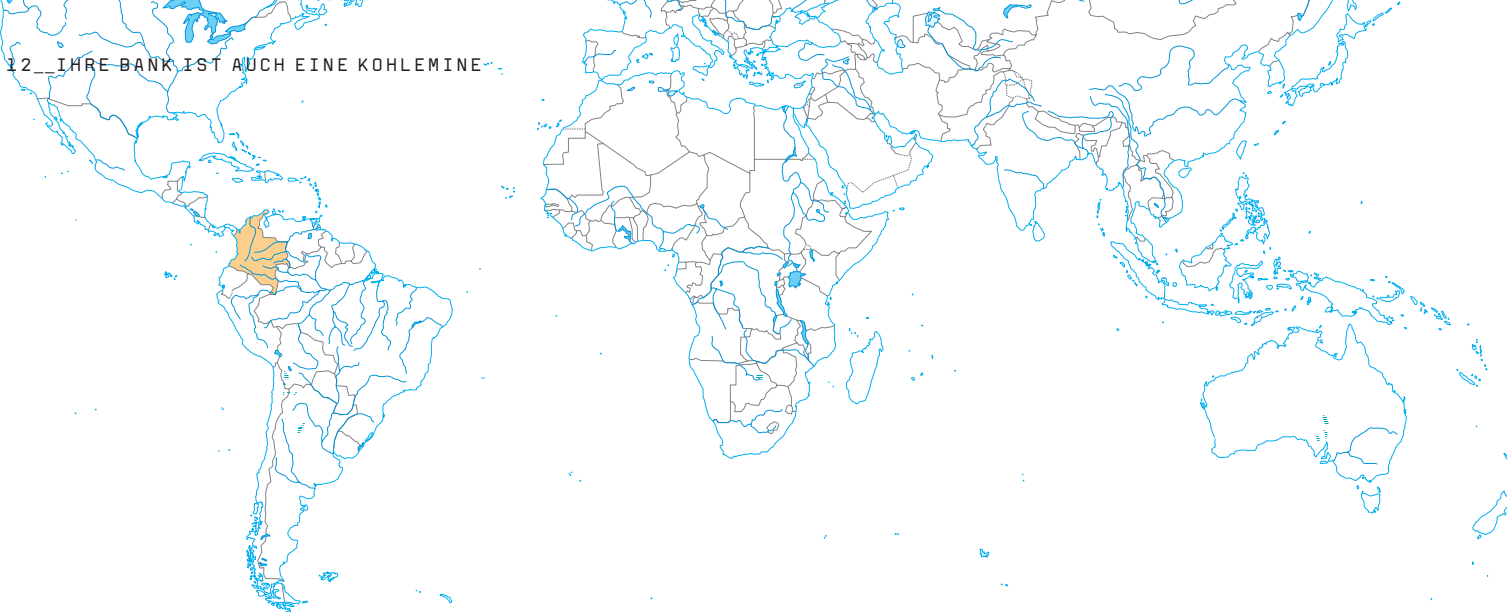
Durch die Zusammenarbeit mit der Miliz hat AngloGold Ashanti möglicherweise das Uno-Embargo für den östlichen Kongo gebrochen. Auf jeden Fall aber lief die Unterstützung der Miliz den Friedensbestrebungen der Uno zuwider, welche darauf setzt, die Milizen zu schwächen und zu entwaffnen. Ironischerweise kann nun AngloGold Ashanti dank der Uno den Kopf aus der Schlinge ziehen. Die Präsenz von Friedenstruppen in Mongbwalu hätten zum Rückzug der Miliz aus der Stadt geführt, und die Entwaffnung der Milizen mache Fortschritte. Deswegen könne das Unternehmen seine Explorationsarbeiten fortsetzen, teilte AngloGold Ashanti mit.

* Anglo American besitzt 54 Prozent von AngloGold Ashanti, die Unternehmen haben getrennte Managementstrukturen, aber teilweise sitzen die selben Personen in Schlüsselpositionen. Anglo American ist auch an der Mine El Cerrejón in Kolumbien beteiligt, von der auf den folgenden Seiten die Rede ist.

** Gold aus dem Konfliktgebiet landete vermutlich auch bei der Schweizer Firma Metalor in Neuchâtel, die Gold aus Uganda importierte. Nachdem Human Rights Watch die Firma mit der möglichen Herkunft des Goldes konfrontierte, verzichtete diese auf Einfuhr aus Uganda, bis die Herkunft eindeutig geklärt sei.

◇ UBS

Die UBS führte zusammen mit anderen Banken ein Anleihesyndikat zur Kapitalaufnahme von Anglo American auf dem europäischen Kapitalmarkt und ist eine von 16 Banken, bei denen Anglo American laufend Kredit beziehen kann.



GLENCORE/XSTRATA: KOHLE AUS KOLUMBIEN

Nicht nur durch die Zusammenarbeit mit repressiven Regimes oder Milizen werden bei der Rohstoffgewinnung Menschenrechte verletzt. Auch die Rechte der lokalen Bevölkerung werden häufig missachtet. Ein Beispiel aus Kolumbien, wo in der Mine El Cerrejón Kohle gewonnen wird.

Beim Stichwort Kohle denkt man hierzulande eher an das Ruhrgebiet als an die Karibik. Dennoch befindet sich eine der grössten Lagerstätten im äussersten Nordosten Kolumbiens. Die Flöze von El Cerrejón liegen praktisch an der Erdoberfläche, und die Kohle ist von sehr guter Qualität. Das Vorkommen wurde bereits im 19. Jahrhundert entdeckt, der Abbau aber erst während der Energiekrise nach 1973 in die Wege geleitet. Über den Hafen von Puerto Bolívar wird die Kohle grösstenteils nach Europa und in die USA exportiert.

RÍO RANCHERÍA –
idyllisch, aber
durch die Mine ver-
schmutzt.



Alte Jense

Zuerst wurde El Cerrejón gemeinsam vom kolumbianischen Staat und dem US-Konzern Exxon, der vor allem als Ölkonzern bekannt ist, betrieben. Auf Druck der Weltbank wurde die Mine im Jahr 2000 vollständig privatisiert und der Staatsanteil an die Bergbaukonzerne Anglo American, BHP Billiton und die Zuger Rohstoffhandelsfirma Glencore verkauft. Dieses Konsortium übernahm zwei Jahre später auch den Anteil von Exxon, so dass die drei Firmen die Mine zu gleichen Teilen besaßen. Am 1. März 2006 gab Glencore den Verkauf ihres Anteils an Xstrata, eine ehemalige Tochtergesellschaft, bekannt.

Dörfer werden verschluckt

Seit die Mine in Betrieb ist, breitet sie sich auf Kosten von Farmen und Kleinbauernsiedlungen aus. Kurz vor dem Verkauf des Exxon-Anteils an die anderen drei Betreiberfirmen wurde das Dorf Tabaco dem Erdboden gleichgemacht. Einige betroffene Familien wehren sich bis heute für eine angemessene Entschädigung.

Im August 2001 vertrieben Soldaten und Polizisten die letzten BewohnerInnen von Tabaco, wo einmal 700 Menschen gelebt hatten. Obwohl der oberste Gerichtshof Kolumbiens entschieden hat, dass die Gemeinde Hatonuevo, zu der Tabaco gehörte, für die entwurzelte Gemeinschaft eine neue Siedlung bauen soll, geschah nichts. Der Bürgermeister sagt, dass dafür kein Geld vorhanden sei und die Mine die Umsiedlung finanzieren soll. Auch die Vertriebenen verlangen von El Cerrejón Ersatz für ihr zerstörtes Dorf. Die Betreiberfirmen stellen sich auf den Standpunkt, sie seien nicht für die Vertreibung verantwortlich, da die Mine damals noch von Exxon betrieben wurde. Immerhin besaßen sie aber damals schon einen Anteil von 50 Prozent. Die Betroffenen vermuten, die «Lösung» des Problems Tabaco sei Teil des Verkaufsdeals von Exxon an das Konsortium gewesen. Unter öffentlichem Druck zahlte die Minengesell-

schaft individuelle Entschädigungen und unterstützte einzelne Gemeindemitglieder in akuten Notlagen. Das Misstrauen gegenüber individuellen Entschädigungen ist durchaus gerechtfertigt. So ermöglicht diese zwar beispielsweise den Umzug in eine grössere Stadt, wo die Kinder eine bessere Chance auf eine Schulbildung haben. Wenn es aber nicht gelingt, Arbeit zu finden, drohen dort Hunger und das Elend der Slums. Zudem ist unklar, wer von der Mine überhaupt als entschädigungsbe-rechtigt angesehen wird. Einerseits fehlen auf der Liste langjährige Gemeindemitglieder, andererseits tauchen dort Leute auf, die gar nie in Tabaco ge-wohnt haben.

Leben am Rande des Abgrunds

Auch für die Familien in den noch bestehenden Siedlungen Tamaquitos, Chancleta und Roche ist das Leben neben der Mine nicht einfach. Die gut 150 Menschen in Tamaquitos haben mit der Zer-störung Tabacos ihre nächsten Nachbarn verloren. Sie sind fast vollständig von der Mine umgeben. Die Farmen, auf denen sie Arbeit fanden, gibt es nicht mehr, und auch ihr Landwirtschaftsland ist grösstenteils der Mine zum Opfer gefallen. Kohle-staub in der Luft und auf der verbliebenen Vege-tation macht das Leben schwer. Die Menschen in Tamaquitos gehören dem indigenen Volk der Wayúu an, das von den spanischen Eroberern nie voll-ständig unterworfen wurde und heute die grösste Gruppe der Ureinwohner in Kolumbien stellt.

Bei Konflikten zwischen der armen Bevölke-rung und wirtschaftlichen Grossprojekten droht in Kolumbien immer auch die Gewalt der Paramilitärs. 2004 wurden in der Küstengegend von Bahía Portete zwölf Wayúu, vor allem Frauen und Kin-der, umgebracht. Die Hindergründe sind bis heute ungeklärt, aber diese Gegend spielt eine Rolle für den Ausbau des Exportes von Öl und Erdgas. Bahía Portete kommt für einen neuen Kohleverladehafen in Frage. Die kolumbianische Armee ist für die Sicherheit der Eisenbahnlinie, des Verladehafens und teilweise auch für die Mine El Cerrejón verant-wortlich. Dass die Armee in Kolumbien häufig mit Paramilitärs zusammenarbeitet, ist ein offenes Ge-heimnis.

Die Zuger Rohstoffriesen Glencore und Xstrata

Die Wurzeln der Firma Glencore, die zu den grös-sen Schweizer Firmen zählt, gehen zurück auf den Rohstoffhändler Marc Rich, der seine Firma in den Siebzigerjahren in Zug aufbaute. Der in den USA wegen Steuerhinterziehung gesuchte Rich – er wurde in den letzten Amtstagen von Bill Clinton begnadigt – hat auch sonst einen zweifelhaften Ruf. Er kaufte dem iranischen Regime trotz Embargo Öl ab, noch während Geiseln in der US-Bot-



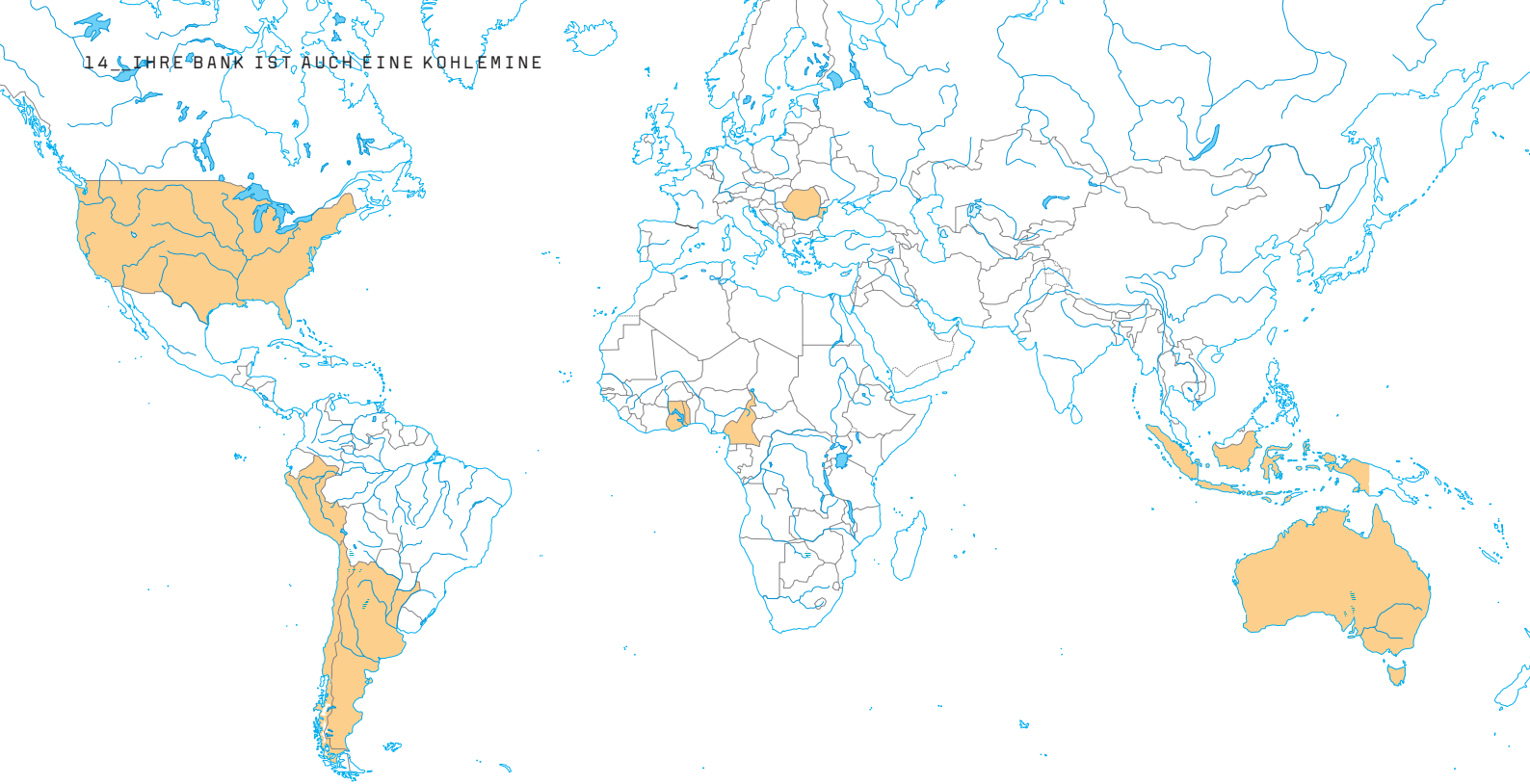
schaft festgehalten wurden. Immer wieder unter-lief er die Blockade gegen Südafrika und lieferte Öl an das Apartheid-Regime. 1994 verkaufte Rich sein Unternehmen, das in Glencore umbenannt worden war, an eine Gruppe von führenden Mitarbeitern. Glencore handelt mit metallischen Rohstoffen, Öl, Kohle und Agrarprodukten; dazu ist die Firma auch an der Produktion dieser Rohstoffe beteiligt. Glencore ist nicht an der Börse kotiert, sondern immer noch im Besitz des Managements.

Marc Rich hatte die Aktienmehrheit der Vor-läuferfirma von Xstrata 1990 übernommen, so kam die Firma zu Glencore. Im Unterschied zu Glen-core ist Xstrata an den Börsen von London und Zürich kotiert. Von Glencore übernahm Xstrata 2002 einen Teil der Kohleproduktion mit Minen in Südafrika und Australien. Diesen Frühling gab Xstrata die Übernahme des Glencore-Anteils von El Cerrejón bekannt. Neben Kohle produziert Xstrata Kupfer, Zink und Legierungsmetalle. El Cerrejón ist nicht der einzige soziale Krisenherd der Xstrata in Lateinamerika. Minera Alumbrera, die grösste Mine Argentiniens, in der Kupfer und Gold produziert werden und die zu 50 Prozent Xstrata gehört, wird wegen der Verschmutzung von Flüssen kritisiert und ist deswegen auch schon an-geklagt worden.

EINGEKESSELT – ein Checkpoint der Mine auf der Strasse nach CHANCLETA UND ROCHE.

◇ CREDIT SUISSE

Die Credit Suisse gehört regelmässig Bankenkonsortien an, die Glencore Kredit geben und hilft der Firma bei der Mittelbeschaffung auf den Kapital-märkten. Als das Aktienkapital von Xstrata 2003 erhöht wurde, um die Übernahme einer australischen Bergbaufirma zu finanzieren, übernahm die Credit Suisse einen Teil der Xstrata-Aktien von Glencore, sodass die Credit Suisse und Glencore nun gemeinsam 40,32 Prozent der Xstrata-Aktien halten. Das Abkommen zwischen Glencore und der Credit Suisse läuft noch bis Ende Jahr, dann kann Glencore die Xstrata-Aktien von der Credit Suisse zurückkaufen oder die Bank kann ihr Aktienpaket an Dritte veräussern.



Gold glänzt nicht für alle

Der moderne Goldabbau hat nichts mehr mit Goldgräberromantik zu tun. Heute werden ganze Berge mit goldhaltigem Gestein zermahlen und das Edelmetall wird chemisch herausgelöst. Wegen des hohen Goldpreises werden gegenwärtig viele neue Minenprojekte vorangetrieben. 80 Prozent des Goldes, das weltweit gefördert wird, endet als Schmuck.

Wegen des hohen Wertes des Goldes lohnt es sich, Vorkommen auszubeuten, die nur einige Gramm oder sogar lediglich 0,5 Gramm Gold pro Tonne Gestein enthalten. Um das Gold herauszulösen, werden hoch giftige Zyanide (Blausäuresalze) eingesetzt. Die Bergbauindustrie bezeichnet den Einsatz von Zyaniden als ungefährlich, da diese im Kontakt mit Sauerstoff und Sonnenlicht rasch abgebaut würden. Dabei zerfallen sie aber in eine Vielzahl von chemischen Verbindungen, deren Giftigkeit umstritten ist. Die Bergbaugesellschaften sind heute nicht verpflichtet, die Zerfallsprodukte von Zyanid zu messen und zu überwachen.

Im Gestein befindet sich häufig nicht nur Gold, sondern auch noch andere Metalle und Schwermetalle. Im Schlamm, der nach der Entnahme des Goldes übrig bleibt, findet sich also ein höchst unübersichtlicher, potenziell toxischer Cocktail. Der Schlamm wird normalerweise in offenen Stau-becken entsorgt. Wenn der Damm eines solchen Beckens bricht, kommt es zur Katastrophe. Dies geschah im Jahr 2000 bei der Goldmine im rumänischen Baia Mare, als ein Dambruch zu einem Fischsterben in den Flüssen Somes und Theiss und zu Schäden in der Donau führte.

Die Angst vor Zyanid und anderen Giften fördert den Widerstand gegen neue Minen. In Australien haben sich die Wiradjuri-Aboriginals und UmweltschützerInnen vergeblich gegen eine Goldmine des kanadischen Barrick-Konzerns am Cowalsee gewehrt. (Barrick ist seit der Anfang Jahr erfolgten Übernahme des Konkurrenten Placer Dome der grösste Goldkonzern.) Der Cowalsee im wasserarmen australischen Hinterland hat sehr grosse Wasserschwankungen und trocknet in bestimmten Jahren vollständig aus. Viele Tiere und Pflanzen leben in diesem besonderen Ökosystem, und der See ist eine wichtige Basis für Zugvögel. Die Mine, die gegenwärtig in Betrieb genommen wird, liegt innerhalb des Hochwasserradius des Sees. Ein Unfall hätte katastrophale Auswirkungen auf die einmalige Flora und Fauna des Cowalsees.

Gifte en détail und en gros

Giftige Stoffe können aber nicht nur bei Katastrophen, sondern auch kontinuierlich im Sickerwasser austreten. In einigen Fällen wird der Abraumschlamm auch nicht deponiert, sondern ins Meer gepumpt. Der US-Goldbergbaukonzern Newmont Mining (Nummer 2 weltweit) entsorgt seinen Ab-

raum in Indonesien im Meer, obwohl dies in den USA selbst verboten ist. Seit die relativ kleine Newmont Minahasa Raya Mine 1996 in Betrieb ging, klagen die Bewohner der Buyat-Bucht im Norden der Insel Sulawesi über Gesundheitsprobleme und einen Rückgang der Fischbestände. Ein Bericht der Regierung fand im Jahr 2004 abnorm hohe Konzentrationen von Quecksilber und Arsen in den Sedimenten der Bucht und in den dort lebenden Mikroorganismen, die den Fischen als Nahrungsgrundlage dienen. Newmont musste eingestehen, dass der Abraum an einer weniger tiefen Stelle im Meer deponiert wurde, als in der Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen war. Ebenso gelangten interne Dokumente an die Öffentlichkeit, die zeigen, dass die Vorkehrungen der Mine gegen Quecksilberemissionen nicht funktionierten. Dennoch bestreitet Newmont bis heute die Gefährdung von Menschen und Fischen. Sowohl Newmont als auch die Manager der Mine wurden in Indonesien verklagt. Im ersten Fall kam es im vergangenen Februar zu einer aussergerichtlichen Einigung, bei der Newmont 30 Millionen US-Dollar bezahlte, ohne allerdings eine Schuld einzugestehen. Das Verfahren gegen die Manager geht weiter.

Bei einer anderen Newmont-Mine kam es unbestrittenerweise zu Vergiftungen. Als ein Lastwagen, der aus der Yanacocha-Goldmine in Peru Quecksilber abtransportierte, leckte ein Container. BewohnerInnen sammelten das Metall entlang der 43 Kilometer langen verschmutzten Strasse ein, in der Hoffnung, es sei wertvoll. Andere vergifteten sich, als sie von der Mine beauftragt wurden, das Quecksilber ohne ausreichende Schutzmassnahmen einzusammeln. Ungefähr 900 Menschen waren von der Verseuchung betroffen, 400 wurden wegen Quecksilbervergiftung behandelt und 130 hospitalisiert.

Die Gefahr von Vergiftungen ist nicht zu Ende: Ein Geochemiker kam bei der Untersuchung der Yanacocha-Goldmine zum Schluss, dass nur eine «ewige Behandlung» des Sickerwassers eine andauernde Gefährdung ausschliesst.

Durstiges Gold

Um das Gold mit Zyanid aus dem Gestein zu lösen, braucht es riesige Wassermengen. Für die Ahafo-Goldmine, die Newmont in Ghana baut, wird sogar

ein ganzer Fluss umgeleitet. Im US-Bundesstaat Nevada schätzen Wissenschaftler der Regierung, dass es 200 Jahre oder länger dauern könnte, bis sich die Grundwasservorkommen, welche von den Goldminen gestört wurden, wieder erholt haben. Nevada ist ein Eldorado für Goldkonzerne wie Newmont und Barrick. Der Industriezweig wird kaum reguliert, und die Regierung vergibt grosszügig Land für Bergbauaktivitäten. Dabei handelt es sich um traditionelles Land des indigenen Volkes der Western Shoshone. Fast 10 Prozent der weltweiten Goldproduktion und 64 Prozent der US-Produktion stammen aus ihrem traditionellen Siedlungsgebiet; dabei haben sie nie irgendwelche Lizenzgebühren (Royalties) erhalten. Viehzüchter der Schoschonen müssen aber der US-Regierung Gebühren (Grazing Fees) abliefern, wenn sie ihre Tiere auf traditionellem Schoschonen-Land weiden lassen.

Am Wasser entzündete sich der Widerstand gegen das Pascua-Lama-Projekt von Barrick. Diese Mine käme genau auf die Grenze zwischen Argentinien und Chile zu liegen; ein zwischenstaatlicher Vertrag hat dafür eine Wirtschaftszone geschaffen, in der die Landesgrenze nicht gilt. Um den Tagebau auf 4600 Meter Höhe zu starten, muss die Minengesellschaft zuerst Teile von drei Gletschern (Barrick spricht lieber von «Eisfeldern») entfernen. Barrick spricht davon, die 816000 Kubikmeter Eis



Mineral Policy Institute

Bild eines Wiradjuri-Künstlers; der COWALSEE ist das Herz des Landes.

Der FLUSS SUBRI wird in einer Pipeline zur AHAFO-MINE umgeleitet.



FAN



Fotos: FIAN



HÄUSER FÜR DIE UMGESIEDELTEN sind schnell gebaut. Die Betroffenen sorgen sich darum, ob sie am neuen Ort auch eine Lebensgrundlage haben.

mit Sprengungen und Bulldozern zu «verlegen». Umweltorganisationen befürchten, dass dadurch die Speisung der Flüsse in dieser trockenen Gegend gestört wird.

Vom Gold vertrieben – und verschüttet

Nicht immer befinden sich die geplanten Goldminen in dünn besiedelten Gegenden; und obwohl die «Umsiedlung» von Gletschern gigantisch erscheint, ist sie harmlos im Vergleich mit der Umsiedlung von Menschen. Von der Newmont-Ahafo-Mine in Ghana sind 10 000 Menschen betroffen; die Hälfte, weil sie direkt umgesiedelt werden müssen, die andere Hälfte, weil sie ihr Ackerland verlieren, das ihre Lebensgrundlage darstellte. Trotz grosser Zweifel von Nichtregierungsorganisationen an den Umsiedlungsplänen hat die International Finance Corporation (IFC) – der Teil der

Weltbank, der Privatfirmen unterstützt – kürzlich grünes Licht für dieses Projekt gegeben. Newmont stellte sich lange auf den Standpunkt, dass das Unternehmen nicht gesetzlich verpflichtet sei, Umgesiedelten anderes Land zur Verfügung zu stellen und dafür Land zu kaufen. Da die Subsistenzlandwirtschaft aber für fast alle Menschen in dieser Gegend die einzige Lebensgrundlage ist, sind ihre Rechte nur dann respektiert, wenn sie auch gleichwertiges Land erhalten. Noch ist nicht klar, wie sich die Auflagen des IFC auf die Umsiedlungspläne von Newmont auswirken. Wie bei allen Umsiedlungen im Süden dürfte es aber für Menschen ohne formelle Landbesitztitel besonders schwierig werden, fair entschädigt zu werden. Dies umso mehr, als kürzlich die Umsiedlungsrichtlinien der IFC für Menschen ohne Landtitel abgeschwächt wurden.

Noch dramatischer war die Situation bei der Bulyanhulu-Mine in Tansania, die von Barrick übernommen wurde. Im Gebiet der Mine wurde nämlich schon seit den Siebzigerjahren in kleinem Stil Gold abgebaut. Dies war zwar eine gefährliche Tätigkeit, aber sie gab zwischen 30 000 und 400 000 Menschen Arbeit (die Spannweite zeigt die Unübersichtlichkeit der Situation). Bis heute gibt es Klagen, dass bei der Räumung Goldsucher verschüttet worden seien, als die Gänge mit Bulldozern verschlossen wurden, um zu verhindern, dass in der Nacht heimlich weiter nach Gold gesucht wird. Barrick kaufte die Bulyanhulu-Mine von einer anderen kanadischen Firma für 450 Millionen US-Dollar; sie will in 15 Betriebsjahren 1,3 Milliarden US-Dollar Gewinn machen. Die tansanische Regierung rechnet für diese Zeit mit Steuereinnahmen von 75 Millionen US-Dollar; die Goldsucher und ihre Familien gingen leer aus.

◇ CREDIT SUISSE

Credit Suisse hat Barrick bei Transaktionen beraten und partizipiert in einem Kreditsyndikat zur Finanzierung von Barrick.

Newmont besitzt 50 Prozent einer Goldveredelungs- und Handelsgesellschaft, die wiederum 66,65 Prozent der Schweizer Gold- und Edelmetallhandelsfirma Finorafa besitzt. Credit Suisse besitzt die anderen 33,35 Prozent der Aktien der Finorafa.

◇ UBS

UBS partizipierte in einem Anlehensyndikat für Barrick und ist an der Finanzierung von Placer Dome, die von Barrick übernommen wurde, beteiligt. UBS leitete gemeinsam mit J.P. Morgan das Bankensyndikat, welches 2003 neue Newmont-Aktien am Markt platzierte. UBS ist in führender Stellung in Kredit- und Anlehensyndikaten zur Finanzierung von Newmont.

Banken im Treibhaus

Die hohen Energiepreise der letzten Jahre bringen den Energiekonzernen riesige Profite, das Geschäft boomt. Doch der Verbrauch fossiler Energien bürdet uns eine Hypothek auf, die bald fällig wird. Denn die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas droht zur grössten Katastrophe der Menschheit zu führen – dem Klimawandel. Um rechtzeitig umzusteuern, müssen jetzt die Weichen gestellt werden, auch auf den Finanzmärkten.

Die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas führt zu einem massiven und bis anhin nie gekanntem Ausstoss des wichtigsten Treibhausgases: CO₂. Heute beträgt die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre mehr als 380 ppm (parts per million, Teile pro Million). Das sind 100 ppm mehr als vor der Industrialisierung. Dieser Wert war in den vergangenen 650 000 Jahren, für die die CO₂-Konzentration zurückverfolgt werden kann, noch nie so hoch.

Durch die zusätzlichen Treibhausgase in der Atmosphäre erwärmt sich die Erde insgesamt, und das lokale und regionale Klima verändert sich. Ein grosser Teil der in den letzten fünfzig Jahren beobachteten Erwärmung ist laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), dem wissenschaftlichen Beratergremium der Uno, auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen. Schon im letzten IPCC-Bericht von 2001 warnten die WissenschaftlerInnen vor einem gefährlichen Ausmass der Klimaveränderungen innerhalb weniger Jahrzehnte. Die Vorarbeiten zum nächsten umfassenden Bericht, der 2007 erscheint, sind im Gange, und die laufenden Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Risiken grösser sind, als 2001 noch vermutet.

Das Klimasystem mit seinem Zusammenspiel von Atmosphäre, Landmassen und Ozeanen ist sehr komplex. Wissenschaftliche Prognosen über die Art der Klimaveränderungen beruhen auf computergestützten Modellrechnungen und sind mit grossen Unsicherheiten behaftet. Die Wissenschaftler des IPCC sind sich aber einig, dass in den kommenden Jahren mit mehr und heftigeren Wetterextremen zu rechnen ist. Das bedeutet einerseits Dürren und Hitzewellen, andererseits vermehrte Stürme und Überschwemmungen. Die Verlässlichkeit der Wasserversorgung wird abnehmen, und vor allem in den Tropen gehen die landwirtschaftlichen Erträge zurück. Der Temperaturstress schädigt Pflanzen, und die Vegetationszonen verändern sich, wodurch mehr Arten vom Aussterben bedroht sind. Generell wird es zu einer Verschiebung der Arten kommen – in der Schweiz beispielsweise begünstigt das wärmere Klima eine massive Zunah-

me von Zecken. Zudem wird mit einer Ausbreitung von Tropenkrankheiten gerechnet. Die Opfer werden nicht gleich verteilt sein. Während in der Schweiz vor allem Berggrutsche, Überschwemmungen und Stürme für Probleme sorgen, werden steigende Meeresspiegel die Existenz von Millionen von Menschen in den Küstengebieten direkt bedrohen.

Finanzielle Auswirkungen der Katastrophen

Die externen Kosten des Geschäfts mit fossilen Energieträgern belasten die Gesellschaft enorm. Die Unwetter- und Katastrophenschäden der letzten Jahre geben einen Vorgeschmack darauf. Die Sturmschäden von 1999 kosteten in Europa etwa 22 Milliarden, die Überschwemmungen von 2002 rund 29,5 Milliarden Franken. Die Hitzewelle des Jahrhundertsommers 2003 kostete weit mehr als 13 Milliarden Franken, und es starben 20 000 Menschen. In der Schweiz kostete die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2005 rund 2,5 Milliarden Franken. Bezogen auf das Bruttoinlandprodukt und die Bevölkerung liegen die letztjährigen Unwetter-schäden in der Schweiz damit in der Grössenordnung der Orkanshäden Amerikas.

Greenpeace/Blisset



Zwei Drittel des WELTWEITEN CO₂-AUSSTOSSES stammen aus industriellen Grossanlagen.



Greenpeace/Peter Schneider

DIE FOLGEN DES KLIMAWANDELS zeigen sich besonders deutlich in den Alpen. 50000m³ Material rutschten am 30. Mai 2005 bei der Stiereggütte in der Nähe von Grindelwald zu Tal.

Die Weltbank ist in den letzten Jahren unfreiwillig zur drittgrössten Rückversicherungsgesellschaft der Welt geworden, weil sie einen grossen Teil ihrer Gelder für Entwicklungsländer in die Katastrophenhilfe stecken musste. Der menschliche Preis, den die Menschen im Süden für Dürren und Flutschäden bezahlen, ist nicht zu beziffern.

Ein ehemaliger Direktor des grossen Versicherungskonzerns Aviva berechnete, dass – ohne Gegensteuer – etwa im Jahr 2065 die Kosten der Klimaveränderungen das weltweite Brutto sozialprodukt übersteigen werden. Die Weltwirtschaft wäre somit bankrott.

Bisher werden die Kosten, welche die Klimaveränderung schon heute verursacht, nicht in Verbindung mit den Profiten aus dem Geschäft mit fossilen Brennstoffen gebracht. Dies könnte sich in Zukunft aber ändern. Immer häufiger wird Klimaschutz auf juristischem Weg eingefordert. So haben im Juli 2004 acht US-Bundesstaaten und die Stadt New York Klage eingereicht gegen jene fünf amerikanischen Firmen, die den grössten Treibhausgas-Ausstoss erreichen. Die Inuit, die BewohnerInnen der Arktis, welche von der Klimaveränderung unmittelbar betroffen sind, haben bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte eine Klage gegen die US-Regierung deponiert. Und im August 2005 hat ein US-Gericht eine Klage von Greenpeace, Friends of the Earth und mehreren US-Städten zugelassen und damit einen wegweisenden Entscheid gefällt: Die Kläger werfen zwei amerikanischen Behörden vor, weltweit klimaschädigende Öl- und Gasprojekte unterstützt und damit gegen die US-amerikanische Gesetzgebung verstossen zu haben. Die Export-Import Bank und

die Overseas Private Investment Corporation hätten, so die Kläger, in den vergangenen Jahren mehr als 32 Milliarden US-Dollar an Zinsgarantien und Versicherungen für fossile Projekte bereitgestellt und seien damit für fast 8 Prozent der jährlichen weltweiten CO₂- und Methan-Emissionen verantwortlich.

Was ist zu tun?

Das Klima ist ein schwerfällig System. Um die Auswirkungen des Klimawandels auf ein noch einigermaßen verkraftbares Mass zu beschränken, darf die globale Erwärmung nicht mehr als 2 Grad Celsius betragen. Zu dieser Zielgrösse hat sich beispielsweise die EU bekannt. Mit anderen Worten: Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre muss unter 550 ppm (dem doppelten natürlichen Wert) bleiben. Dies erfordert eine Verminderung der jährlichen CO₂-Emissionen in der Atmosphäre und damit auch des Verbrauchs fossiler Brenn- und Treibstoffe um 80 Prozent bis 2050. Die 2-Grad-Marke ist nur mit den grössten Anstrengungen noch zu erreichen. Und da das Klimasystem sehr träge reagiert, muss die Energiewende jetzt in die Wege geleitet werden.

2050 ist in 44 Jahren, das ist ein halbes Menschenalter und jenseits des Horizonts der Finanzmärkte, die in Vierteljahresabschlüssen denken, und wo ein Kredit, der länger als ein Jahr läuft, bereits als langfristig gilt. Entscheide, welche einen Einfluss darauf haben, ob die CO₂-Reduktion bis 2050 gelingt, werden aber bereits heute gefällt.

60 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses aus dem Verbrauch fossiler Brenn- und Treibstoffe stammen aus Grossanlagen der Energieversorgung

und der Industrie (Öl- und Gasförderanlagen, Öl-, Gas- und Kohlekraftwerke, Raffinerien und petrochemische Industrie, Eisen- und Stahlindustrie, Zementfabriken). Diese Grossanlagen haben eine lange Lebensdauer; jede Investition in diesen fossil-industriellen Komplex macht es schwieriger, das Reduktionsziel bis 2050 zu erreichen.

Das bedeutet aber nicht, dass es für den Finanzsektor nichts mehr zu finanzieren gäbe. Die Abkehr von fossilen Energieträgern, die nötig ist, um das weltweite Klima zu stabilisieren, erfordert ebenfalls gigantische Investitionen in Effizienz- und Energiespartechnologien und in den Aufbau einer kleinräumigen, dezentralen Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien. Hier wären innovative Finanzierungsformen gefragt.

Was tun die Schweizer Banken?

Die Schweizer Banken erkennen laut ihrer Webseite die «Herausforderung Klimawandel» (UBS) beziehungsweise «Klimawandel als Herausforderung» (CS). Bei beiden folgen allerdings zuerst Ausführungen über die Anstrengungen, die sie unternehmen, um ihre eigenen CO₂-Emissionen, das heisst ausschliesslich diejenigen ihres Bürobetriebes, zu reduzieren. Die CS will ab 2006 in der Schweiz «treibhausgasneutral» werden. Die UBS-Konzernleitung entschied im Februar 2006, «die konzernweiten CO₂-Emissionen bis 2012 auf ein Niveau zu senken, das 40 Prozent unter dem Stand von 2004 liegt».

Jenseits der eigenen Emissionen ist auf den Webseiten der beiden Schweizer Banken wenig zu finden. Beide unterstützen ein Projekt, das von börsenkotierten Firmen verlangt, ihre CO₂-Emissionen offen zu legen. In besonders exponierten Bereichen werden als Teil des Risikomanagements auch klimarelevante Aspekte angeschaut; im Nischenbereich der «nachhaltigen» Anlagen etwas systematischer, wo es auch einzelne Angebote mit alternativen Energien gibt. Beide Banken sind auch im Handel mit CO₂-Emissionsrechten aktiv, wobei sich erst noch zeigen muss, inwieweit dies ein wirksames Mittel zur Emissionsreduktion sein wird.

Diese Anstrengungen sind sicher zu begrüessen, und sie geben wichtige Impulse. Nur stehen die direkten Emissionen der Banken in keinem Verhältnis zu den Emissionen, welche die Banken durch ihre Geschäftstätigkeit mit verursachen. Sie sind auf vielen Ebenen und in verschiedenen Geschäftsbereichen mit der Förderung und dem Verbrauch fossiler Energieträger verbunden und an der Finanzierung der CO₂-ausstossenden Grossanlagen beteiligt. Ein erster Schritt würde bereits darin bestehen, sich ein Bild über die indirekten Emissionen zu verschaffen. Die Recherchen, wel-

che dieser Dokumentation zugrunde liegen, konzentrierten sich auf kontroverse Rohstoffprojekte, die auf lokalen Widerstand stossen. Auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit wurden bei der CS Finanzverbindungen mit dreizehn Öl- und acht Kohlefirmen, bei der UBS mit zehn Öl- und fünf Kohlefirmen gefunden.

Im Gegensatz zu den Aktivitäten und Finanzierungen im fossilen «business as usual» fristen erneuerbare Energien ein Nischendasein. Wo hier die Latte liegt, hat ein aktueller Bericht des Bank-Track-Netzwerkes festgehalten: «Eine gewichtige Verschiebung zugunsten sauberer Technologien bedeutet auch, dass Banken das Portfolio ihrer Aktivitäten weg von den Projekten mit dem grössten Treibhausgas-Ausstoss bewegen, vor allem weg von der Expansion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe. Quer durch alle Aktivitäten müssen die Banken Anstrengungen unternehmen, um die Auswirkungen ihrer Transaktionen auf den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Dies erfordert eine Abkehr oder den Ausstieg aus Investitionen in CO₂-intensive Industrien und fossile Brennstoffe.»

Die Kohle der Credit Suisse

Die Kohle produziert von allen fossilen Energieträgern am meisten CO₂. Pro produzierte Kilowattstunde stösst ein Kohlekraftwerk etwa doppelt so viel des Treibhausgases aus wie ein Gaskraftwerk. Investitionen in Kohlekraftwerke sind mit einer verantwortungsvollen Klimapolitik nicht vereinbar.

Die Credit Suisse, in der Schweiz «treibhausgasneutral», sieht laut einem Artikel aus ihrer Abteilung für «Economic Research» dagegen eine «Renaissance der Kohle» voraus. Die Kohle habe im Unterschied zum Öl noch für viel länger gesicherte

**Private Profite –
öffentliche Kosten.**
ENGELBERG STEHT
im Sommer 2005
UNTER WASSER.

Greenpeace/Grassier



Die Pipeline längs über die Insel Sachalin DURCHSCHNEIDET 1103 FLÜSSE UND BÄCHE.

Vorräte. Nicht erwähnt wird die eigentliche Grenze, die dem Verbrauch fossiler Energieträger gesetzt ist, nämlich die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre, da Kohle und Öl nur um den Preis einer irreversiblen Störung des Klimasystems verfeuert werden können.

Die Credit Suisse rät nicht nur zur Kohle, sie hält auch selbst ein bedeutendes Aktienpaket an Xstrata, dem weltgrössten Exporteur von Kohle für thermische Kraftwerke, und sie ist finanziell mit Kohleproduzenten unter anderem in Indonesien und den USA verbunden.

Öl statt Wale

Die hohen Ölpreise der letzten Jahre haben die Diskussion um das absehbare Ende des einfach förderbaren Öls entfacht. Einige WissenschaftlerInnen vermuten, dass von nun an mehr Öl verbraucht als neu entdeckt werde. Niemand weiss genau, wie hoch die gesicherten Vorräte sind, denn sowohl die Ölstaaten als auch die Ölfirmen haben ein Interesse daran, ihre Reserven möglichst hoch einzustufen. Die «bewiesenen Reserven» sind ausschlaggebend für den Aktienkurs und die Stärke eines Unternehmens. Im Jahr 2004 musste Shell fünfmal nacheinander zugeben, dass die Reserven geringer sind, als zuvor angegeben. Der Aktienkurs brach darauf ein.

Dies ist mit ein Grund dafür, dass Shell eines der umstrittensten Öl- und Gasprojekte mit Hochdruck vorantreibt. Das von Shell kontrollierte und in der Steueroase Bermudas registrierte Konsor-

Sachalin Environment Watch



tium «Sachalin Energy Investment Company» investiert mindestens 20 Milliarden Dollar in das weltweit teuerste Öl- und Gasförderprojekt auf der ortsibirischen Insel Sachalin. Der Ausbau in der jetzt geplanten Form hätte verheerende Auswirkungen auf den vom Aussterben bedrohten Westpazifischen Grauwal, die Fischgewässer und Laichgründe der Insel sowie auf die Lebensweise der (Ur-)Bevölkerung Sachalins (siehe www.evb.ch/p18.html).

Der Credit Suisse kommt dabei gegenwärtig eine Schlüsselrolle zu. Sie berät als «Financial Advisor» Sachalin Energy beim Schnüren des Finanzierungspakets. Als Ergänzung zur öffentlichen Finanzierung durch die Europäische Entwicklungsbank und Exportkreditagenturen versucht die CS, ein Konsortium privater Geschäftsbanken zu gewinnen.

Die CS hilft damit Shell, sich mit dem Sakhalin-Projekt für den Run auf das arktische Öl fit zu machen, eine der wenigen Weltgegenden, wo noch neue grosse Vorkommen vermutet werden. Bei zur Neige gehenden Ölvorräten und hohen Preisen sind die Erdölfirmen bereit, immer grössere Risiken einzugehen. Wohin Shell die Reise plant, illustriert eine geschlossene Diskussion der «Strategic Partners» am diesjährigen WEF über das «Rennen zum Nordpol»: «Das Schmelzen der arktischen Eisschicht könnte die möglicherweise riesigen Erdölvorkommen, die darunter liegen, freisetzen.»

Die Banken müssen sich entscheiden, ob sie die Ölkonzerne auf ihrem Hochrisikotrip begleiten und sich mitschuldig machen – am Klimawandel und den damit einhergehenden Schäden, aber auch an direkten negativen Auswirkungen wie dem Verschwinden einer Walart. Oder ob sie ihr Know-how und ihre Finanzkraft für eine langfristig tragfähige Energiezukunft der Menschheit einsetzen.

ÖL UND WAL – bald ein Bild der Vergangenheit?



Greenpeace

Fragen und Antworten

Die Staaten sind verpflichtet, sich um die Einhaltung der Menschenrechte zu kümmern.

Warum sollen sich die Banken darum sorgen?

Schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heisst es, dass «jedes Organ der Gesellschaft», das heisst auch Unternehmen, für die Einhaltung der Menschenrechte in die Pflicht genommen sind. Sowohl in den Uno-Menschenrechtsnormen für Unternehmen als auch im Global Compact der Uno, den beide Schweizer Grossbanken unterschrieben haben, werden die Menschenrechtspflichten von Unternehmen ausgeführt. Die Schlüsselbegriffe sowohl der Uno-Normen als auch des Global Compact sind die «Einfluss-sphäre» eines Unternehmens und die «Komplizenschaft» bei Menschenrechtsverletzungen. Deshalb bezieht sich die Verantwortung der Banken für die Einhaltung und Förderung der Menschenrechte auch auf ihre Finanzierungen. Ihre Kunden, die möglicherweise Menschenrechte verletzen, sind eindeutig Teil ihrer Einfluss-sphäre; der Komplizenschaft macht sich eine Bank schuldig, wenn sie die Menschenrechtsverletzungen ihrer Kunden wissend ignoriert.

Banken stossen kaum Treibhausgase aus.

Was geht sie die Klimaveränderung an?

Der direkte Ausstoss von Treibhausgasen von Banken ist tatsächlich gering; deswegen gelingt es Banken sogar in Bezug auf ihre eigenen Aktivitäten, Treibhausgas-neutral zu werden. Ganz anders aber sieht es aus, wenn das Augenmerk darauf gerichtet wird, welche Treibhausgasemissionen die Banken durch ihre Beratungs- und Finanzierungstätigkeit indirekt bewirken. UBS und CS sind in unterschiedlichem Masse im Kohle-, Erdgas- und Öl-geschäft aktiv. Sie partizipieren ganz selbstverständlich an den Profiten der fossilen Energiekonzerne. Diese Profite gehen aber auf Kosten der Stabilität des Klimasystems und der Opfer der Klimaveränderung. Die Banken müssen jetzt die Weichen richtig stellen. Statt in klimaschädliche Grossprojekte zu investieren, müssen sie mithelfen, Effizienz- und Energiespartetechnologien zu fördern und eine dezentrale, erneuerbare Energieversorgung aufzubauen.

Die Banken sind nur die Geldgeber, sie helfen Firmen bei der Finanzierung ihrer Aktivitäten.

Weshalb sollen sie für bestimmte Handlungen ihrer Kunden verantwortlich sein?

Tatsächlich sind die Banken nur selten ganz direkt an einem Projekt beteiligt: Bei der klassischen Projektfinanzierung und bei bestimmten Beratungstätigkeiten, wie zum Beispiel dem Mandat der Credit Suisse für die Finanzierung der Öl- und Gasförderung auf der Insel Sachalin (siehe nebenstehend). Allerdings ist auch bei vielen Geschäften aus dem Bereich der Handels- und Unternehmensfinanzierung klar, wofür die Finanzierung gebraucht wird. In diesen Fällen liegt die Verstrickung der Banken auf der Hand.

Die Banken sind aber auch dann mitverantwortlich, wenn sie massgeblich an der Finanzierung eines Unternehmens, das in Konflikte verwickelt ist, beteiligt sind. Die Banken können auch in diesen Fällen nicht sicher sein, dass ihre Finanzierung nicht den kontroversen Projekten zugute kommt und damit Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigung mit verursacht.

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fordern von den Banken interne Standards für kritische Bereiche wie Menschenrechte und Klima. Bringen denn solche Standards wirklich etwas?

Wenn interne Standards von der PR-Abteilung der Bank ausgetüfelt werden, um eine besorgte Öffentlichkeit ruhig zu stellen und dann in der Schublade eines Sachbearbeiters enden, dann bringen sie nichts. Allerdings zeigen die Beispiele bei internationalen Banken, dass es auch anders geht. Standards können in Zusammenarbeit mit NGOs und Expertinnen entwickelt werden, Banken können öffentlich dazu stehen und das Top-Management kann sie als wichtigen Teil der Unternehmensphilosophie betrachten. Dies hätte dann konkrete Folgen auf die Ausbildung, die Personal-, Beförderung- und Bonuspolitik.

Und das machen die EvB und Greenpeace

Die Erklärung von Bern konfrontiert die Grossbanken in der Öffentlichkeit und in direkten Gesprächen bezüglich ihrer Beteiligungen an kontroversen Grossprojekten wie der Ölförderung auf Sachalin. Die EvB unterstützt Betroffene dabei, Informationen über die Rolle der Schweizer Banken zu erhalten und ihre Anliegen vorzubringen. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in aller Welt macht die EvB seit 2003 im BankTrack-Netzwerk Druck auf die Banken. Das Netzwerk setzt sich für griffige Umwelt- und Sozialstandards bei den Banken und für die Ausweitung und Stärkung der Equator Principles (S. 23) ein. Greenpeace engagiert sich für den Klimaschutz weltweit und in der Schweiz.

Die EvB und Greenpeace fordern wirksame Standards

Wenn die Schweizer Grossbanken ihre Verantwortung in der Menschenrechtsfrage und beim Klimaschutz ernst nehmen wollen, müssen sie für diese Themen interne Standards entwickeln. Banken in anderen Ländern sind dabei schon weiter und zeigen, dass das machbar ist.



Mineral Policy Institute

**Hat er eine Zukunft?
Fischerjunge in der
GOLDGEPLAGTEN
BUYAT-BUCHT.**

Im Vergleich mit anderen Unternehmensbereichen wurde der Finanzsektor spät mit der Umwelt- und Menschenrechtsthematik konfrontiert. Noch viel länger dauerte es, bis die Auswirkungen der Finanzierungen der Banken ins Blickfeld gerieten. Wie das Beispiel der Klimaproblematik zeigt, konzentriert sich die Wahrnehmung der Banken auch heute noch auf die direkten Auswirkungen – also beispielsweise den Energieverbrauch und die Behandlung der eigenen Mitarbeitenden –; dabei sind die Auswirkungen, welche sie über ihre Finanzierungen verursachen, sehr viel grösser.

Es ist massgeblich dem Druck von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu verdanken, dass zuerst die Umwelt und seit kurzem auch Menschenrechte für den Finanzsektor ein Thema geworden sind. Ungefähr seit dem Jahr 2000 haben NGOs angefangen, Banken ins Visier zu nehmen. Diese Kampagnen waren eine direkte Fortsetzung bisheriger Kampagnen gegen zerstörerische Grossprojekte und deren Finanzierung durch die Weltbank oder Exportkredite (wie diejenigen der Schweizer Exportrisikogarantie). Es hatte sich nämlich gezeigt, dass neben diesen beiden Akteuren zunehmend auch kommerzielle Banken an der Finanzierung von Grossstaudämmen, Pipelines oder Bergwerken beteiligt waren. Es ist sogar vorgekommen, dass kommerzielle Banken in die Bresche sprangen und ein Projekt finanzierten, nachdem die Weltbank wegen der Verletzung von Umweltstandards ausgestiegen war. Seit dem Jahr 2003 gibt es BankTrack, ein weltweites Netzwerk von NGOs, die Kampagnen zu den sozialen und Umweltauswirkungen von Bankfinanzierungen führen. Die EvB gehört zu den Gründungsmitgliedern von BankTrack.

Schweizer Banken abgeschlagen

Ziel der NGO-Kampagnen war und ist es, dass die Banken interne Standards erlassen, die sicherstellen sollen, dass sensible Themen bei den Banken nicht unter den Tisch fallen. Die überzeugendsten Standards sind in Zusammenarbeit mit den NGOs entstanden. Natürlich reicht es nicht aus, irgend-

ein Papier zu verfassen, um es in einer Schublade eines Sachbearbeiters zu entsorgen. Die Banken brauchen genügend entsprechend geschulte MitarbeiterInnen, welche sich mit Sozial- und Umweltthemen auseinander setzen. Die Standards müssen Teil der Unternehmenskultur sein und vom Management mitgetragen werden. Schliesslich müssen die Mitarbeitenden geschult werden, und das Bonussystem sollte so angepasst werden, dass es nicht gegen die Umsetzung der Standards arbeitet.

Mittlerweile gibt es eine grosse Vielfalt solcher Standards. Banken sollen auch unterschiedliche Standards haben, je nach dem, welche Geschäftsschwerpunkte sie haben. So macht es wenig Sinn, wenn eine Bank einen Standard für die Finanzierungen von Grossstaudämmen entwickelt, wenn sie in diesem Geschäftsbereich nicht aktiv ist.

Eine kürzlich erschienene Studie von BankTrack verglich die Umwelt- und Sozialstandards von 39 weltweit tätigen Banken. Die Studie* zeigt, dass die Schweizer Grossbanken Credit Suisse und UBS keine klaren Standards haben oder diese nicht öffentlich machen, was ein zentrales Kriterium der Studie war.

Dagegen gibt es acht Banken, welche Standards zum Thema Menschenrechte entwickelt haben. Diese Standards unterscheiden sich in Umfang und Qualität stark. Den überzeugendsten Standard hat die holländische Rabobank, die sich explizit an den UN-Normen orientiert. Die systematische Berücksichtigung der Menschenrechte hatte bei der Rabobank auch bereits Auswirkungen auf die Geschäftsbeziehungen. Im Rahmen einer Überprüfung fand die Bank heraus, dass einer ihrer Kunden mit Öl aus dem Sudan handelte. Die Bank kam zum Schluss, dass die Öleinnahmen die Menschenrechtsverletzungen und den drohenden Genozid anheizen und beendete die Verbindungen mit diesem Kunden.

Bisher gibt es erst drei Banken, die einen Klimastandard haben, zwei weitere haben angekündigt, einen solchen im Laufe des Jahres 2006 zu entwickeln. Am weitesten geht hier die Bank of

* Die Studie «Shaping the Future of Sustainable Finance, Moving from Paper Promises to Performance» kann von der www.banktrack.org heruntergeladen werden.

Sjoerd Panhuysen



DIE ANDERE
MARKTWIRTSCHAFT –
Frauen aus der
Umgebung der Yana-
cocha-Mine.

America, welche sich verpflichtet hat, die Emissionen, welche aus ihren Finanzierungen im Energie- und Kraftwerkbereich resultieren, bis 2008 um 7 Prozent zu reduzieren.

Die CS und die UBS sind über ihre Finanzierungen sowohl mit Menschenrechtsverletzern als auch mit grossen Treibhausgas-Produzenten verbunden. Sie brauchen Standards für Menschenrechte und Klima. Diese sollen in Zusammenarbeit mit Menschenrechts- und Umweltorganisationen entwickelt und danach veröffentlicht werden. Der Menschenrechtsstandard soll sich dabei an den Uno-Menschenrechtsnormen für Unternehmen orientieren. Ein Klimastandard soll die Messung und Reduktion der indirekten Emissionen beinhalten und mithelfen, Finanzierungen weg von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien zu lenken.

WELCHER WEG ZU STANDARDS?

Es gibt keine fertigen Standards ab der Stange, die den komplexen Realitäten unterschiedlicher Banken angemessen wären. Deswegen ist der Prozess der Entwicklung von Standards zentral:

- Identifizierung der Schlüsselbereiche und -risiken zu den Themen Menschenrechte und Klima
- Diskussion u.a. mit Menschenrechts- und Umweltorganisationen
- Entwicklung der Standards

- Kommentare u.a. von Menschenrechts- und Umweltorganisationen einholen
- Fertigstellung der Standards, Standards öffentlich machen (Transparenz)
- Systeme und Prozesse zur Umsetzung entwickeln
- Mitarbeitende schulen, Management darauf verpflichten
- Standards umsetzen, Systeme und Prozesse anpassen
- Regelmässig über die Umsetzung der Standards Bericht erstatten

«EQUATOR PRINCIPLES» REICHEN NICHT

Neben den Standards, welche einzelne Banken individuell entwickelt haben, gibt es auch einen gemeinsamen Branchenstandard für Projektfinanzierungen, die so genannten «Equator Principles». Die über 40 Equator-Banken verpflichten sich, für gewisse Finanzierungen die Standards der International Finance Corporation (IFC) anzuwenden. Die IFC ist derjenige Teil der Weltbank-Gruppe, der kommerzielle Projekte finanziert. Die Equator Principles sind ein erster Schritt, aber bei weitem nicht ausreichend. Die Prinzipien gelten nur für Projektfinanzierungen, die eng bankentechnisch definiert werden (Project Finance). Darunter fallen nur Projekte,

bei denen die Rückzahlung von Krediten und Anleihen aus den direkten Einnahmen des Projektes geleistet wird, ohne dass die Betreiberfirmen (z.B. Shell auf Sachalin) darüber hinaus finanziell haftbar wären. Die UBS macht keine solchen Projektfinanzierungen und hat darum im Unterschied zur CS die Equator Principles nicht unterzeichnet. Den Equator Principles fehlen aber auch griffige Mechanismen der Umsetzung, und es fehlt an Transparenz. Deswegen werden auch sehr kontroverse Projekte wie Sachalin II von Banken, welche die Equator Principles unterzeichnet haben, weiter finanziert.

IHRE BANK IST AUCH EINE KOHLEMINE

Kein Problem, könnte man meinen: Weder die UBS noch die Credit Suisse betreiben Minen oder stellen Bohrtürme auf. Doch die Erklärung von Bern (EvB) und Greenpeace wollten es genauer wissen. Deshalb haben die beiden Organisationen die finanziellen Verbindungen der Grossbanken zu Firmen im Rohstoffbereich untersucht und eine Auswahl von Beispielen in der vorliegenden Broschüre dargestellt.

In der vernetzten Welt der Globalisierung können und dürfen die Verantwortlichen im Finanzsektor die Augen vor den Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeiten nicht mehr verschliessen. Wenn Banken Unternehmen finanzieren, die Menschenrechte verletzen oder das Klima schädigen, stehen sie mit in der Verantwortung.

Die Fallgeschichten in dieser Broschüre zeigen, dass die Schweizer Banken dringend solide interne Standards brauchen. Die EvB und Greenpeace setzen sich genau dafür ein, damit die Verantwortlichen im Finanzsektor ihre Verantwortung endlich anerkennen und eine für Mensch und Umwelt verträgliche Geschäftspolitik entwickeln.

Erklärung von Bern, Quellenstrasse 25, Postfach, 8031 Zürich,
Tel. 044 277 70 00, Fax 044 277 70 01,
info@evb.ch, www.evb.ch,
Postkonto 80-8885-4

Déclaration de Berne, 52, rue de Genève, 1004 Lausanne,
tél. 021 620 03 03, fax. 021 620 03 00,
info@ladb.ch, www.ladb.ch,
CCP 10-10813-5

Dichiarazione di Berna, Casella postale 1356, 6501 Bellinzona,
info@db-si.ch, www.db-si.ch
PC 69-7236-5